

Bergisch Gladbach, 10.12.2010

Günter Ziffus, Fraktionsvorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Haushaltsrede 2011 - (14.12.2010)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Wie soll, wie kann man diesen Haushalt 2011 der Stadt Bergisch Gladbach bewerten?

Noch nie konnten wir den vorliegenden Daten der Steuerschätzungen so wenig vertrauen wie in diesem Herbst 2010.

- Haben wir in 2010 nun ein Defizit von 37 oder 27 oder nur 17 Mio € ?
- Was droht uns eigentlich im Jahr 2011 ? Bleiben die Abschlagszahlungen der Selbständigen bei der Einkommenssteuer und die der Gewerbebetriebe bei der Gewerbesteuer auf dem Niveau der letzten Quartalszahlen von 2010 ?
- Was können wir an Schlüsselzuweisungen des Landes erwarten, was droht uns in Zukunft an Umlagen ?
- Wie wirken sich die Beschlüsse zum ALG II aus ?

Es zeigt sich auf dieser Seite einmal wieder, dass wir als Gemeinde nach wie vor stark von den gesetzlichen Vorgaben der Regelungen von Bund und Land in unseren Ausgaben bestimmt werden. Die Liste der Aufgaben und der dazugehörenden völlig unzureichenden Finanzmittel von Bund und Land, die wir im Finanzausschuss erhalten haben, zeigt, dass alle Regierungen aller Couleurs der letzten Jahrzehnte unseren BürgerInnen munter Leistungen versprochen haben, die dann die Gemeinden bezahlen mussten. Was das Connexitätsprinzip ist, haben Landes- und Bundespolitiker von rechts bis links offenbar nie verstanden. Sie haben die Musik bestellt, uns aber bezahlen lassen. Den letzten beißen die Hunde, und so wird uns einmal wieder nichts anderes übrig bleiben, als zu klagen und dann zu schauen, welche Möglichkeiten wir aus eigener Kraft haben.

Nun hat unser Bürgermeister uns – fein aufgelistet – dargestellt, was wir einsparen könnten – wenn wir das wollten – oder wo wir Einnahmen erhöhen könnten – wenn wir die Kraft gegen alle Lobbyisten dazu finden.

Erlauben Sie mir, festzustellen, was den Grünen wichtig ist und wo wir deshalb nicht den Rotstift ansetzen wollen. Diese Bereiche sind neben ökonomischen und ökologischen Aspekten, auf die ich im Rahmen Stadtentwicklung eingehen werde, die Bildung, die Jugend- und Familienpolitik sowie Sport und Kultur.

Wir lehnen daher die völlige Streichung der Mittel für die **offene Jugendarbeit** und die **Sportförderung** ab. Das **offene Jugendzentrum** im Bereich Bockenberg muss offen bleiben, und es muss jedem Jugendlichen weiter möglich sein, in einen ortsnahen Sportverein aktiv zu sein.

Und zu unterstellen, Köln könne uns mit jeder Form von **Kultur** besser versorgen, erkennt die Möglichkeiten der speziellen Gladbacher Kulturszene. Zu der gehört für mich übrigens auch der Karneval. Die Einschnitte, die es hier geben darf, müssen sehr begrenzt sein. Die **Bibliotheken** an den Schulen sind für uns tabu. Sie sind nicht nur Bildungsorte sondern haben nach meiner Erfahrung auch wichtige kommunikative Funktionen.

Als Sie - Herr Urbach – als Bürgermeister antraten, habe ich Sie gebeten, uns besser als bisher bei den Überlegungen zu den Haushaltsentscheidungen **durchgerechnete Varianten** anzubieten und nicht alles in den Hinterzimmern der jeweiligen Koalition vorzuklängeln, was für die Opposition ein „Vogel friss oder stirb“ bedeutete. Sie waren nun so freundlich, uns die Varianten A und B vorzulegen.

Von den zwei Listen ist besonders die Liste A von Interesse. Vor allen deshalb, weil dort die Alternativen besonders deutlich werden: Entweder stimmen wir den **Einnahmeerhöhungen und Streichungen der Liste C** in Höhe von 1,7 Mio € zu - oder wir erhöhen die **Grund- und Gewerbesteuern**. Für uns Grüne ist klar, dass wir nahezu nichts von den Streichungen aus der Liste C umsetzen wollen. Unsere Position zu **kostendeckenden Parkgebühren** hingegen dürfte kein Geheimnis sein.

Was die **Erhöhung der Steuern** betrifft, so ist das ein reines „Schwarzer-Peter“ Spiel. Wenn Bund und Länder uns mehr für unsere Leistungen zahlen würden, hätten sie den Schwarzen Peter und müssten ihre Steuern erhöhen, denn Überschüsse haben die auch nicht. Zum Beispiel die Mehrwertsteuer. Oder aber der Bund schichtet Steuergeschenke um, zum Beispiel durch die Abschaffung des Ehegattensplittings hin zu einem Familien-mit-Kindern-Splitting, kombiniert mit der Übernahme aller Kosten der Gemeinden für Kinder im Bereich Vorschulbetreuung. Von den ca. 45 Mrd € der Splittingvorteile der Ehegatten würde etwa ein Drittel dafür ausreichen.

Ich sehe allerdings nicht, dass es auf Bundes- oder Länderebene zu solchen Beschlüssen kommen wird. Ich erkenne aber, dass die derzeitige Landesregierung begriffen hat, wie schlecht es den Gemeinden geht. Für einen Haushaltsausgleich bei uns wird allerdings auch das, was sie bisher angeboten hat, nicht reichen.

Aus diesem Grund schlägt der Bürgermeister mittlerweile eine moderate Erhöhung der **Grundsteuern** auf den Satz von 490 %-Punkten vor. Von dem der Ballungszentren Köln und Leverkusen mit 500 %-Punkte sind wir dann immer noch ein Stück entfernt. Dem Haushalt 2011 beschert das ca. 1,4 Mio € mehr als dem von 2010. Damit ist das strukturelle Defizit allerdings noch nicht beseitigt. Einen weiteren Beitrag könnte laut Liste B des BM daher eine

Anhebung der **Gewerbesteuer** um 5 %-Pkt., die ca 0,36 Mio € einbringen würde.

Zusammen sind das etwa 1,8 Mio € mehr, genauso viel, wie in der Liste C aufgeführt ist. Ein Zufall ist das sicher nicht. Hinzu kommen die Mehreinnahmen aus einer Erhöhung der **Hundesteuer** von 45.000 € und aus der zu prüfenden Erhöhung der **Vergnügungssteuer**.

Wir stehen also wie einst Odysseus zwischen Skylla und Charybdis, den Felsen rechts und links an der Straße von Messina im Sturm.

Wenn der Konjunkturverlauf so bleibt, wie angekündigt, haben wir damit die Chance, unser strukturelles Haushaltsloch auf ca. 17 bis 15 Mio € zu reduzieren, vielleicht sogar auf 12 Mio €, immer vorausgesetzt, die Konjunktur und damit die Steuereinnahmen entwickeln sich positiv. Für 2011 würde es bedeuten, dass wir wenigstens **keine neuen Kassenkredite** aufnehmen müssten, was wir schon als einen riesigen Fortschritt ansehen würden, denn diese Kreditform macht uns die größten Sorgen bei der zukünftigen Finanzplanung.

Nach **alter Haushaltsrechnung** wäre das sogar fast der bilanzielle Ausgleich gewesen, denn die Abschreibungen von ca. 12 Mio € fehlten in diesen "glücklichen" Haushaltszeiten der kameralistischen Bilanzen. Da wir aber im NKF leben müssen, sind sie in darin enthalten, und es wird deutlich, dass wir sie nach wie vor nicht erwirtschaften. Wir stehen also vor der Aufgabe, unsere Finanzpolitik endlich nachhaltig zu gestalten. Anders formuliert: wir sind nicht mehr wie früher in der Lage, unsere BürgerInnen über die wahren Kosten dessen, was sie an materieller, institutioneller und sozialer Infrastruktur in Anspruch nehmen, zu belügen.

Bei der Aufgabe, eine **nachhaltige Finanzpolitik** zu gestalten, spielen die Ziele, die wir uns setzen und die sich daraus ergebenden Maßnahmen die zentrale Rolle.

1. Wollen wir eine Stadt sein, in der man durch den Verkehr nicht erstickt, in der man gesund leben kann, die ein attraktives Stadtbild hat, die attraktiv für Familien ist und die damit auch in Zeiten des demographischen Wandels eine Zukunft hat, und wollen wir von Tagesausflüglern profitieren, die es aus dem nahen Ballungsraum reichlich geben könnte ?
2. Wollen wir, dass auch die Schwächeren unserer Gesellschaft hier ihre Heimat finden ?
3. Wollen wir eine Stadt mit kulturellem Niveau sein, in der auch der Satz „mens sana in corpore sano“ seine Anwendung findet, sprich, wollen wir unser Sportangebot aufrechterhalten und weiter entwickeln, so wie es in der Sportentwicklungsplanung gerade untersucht wird ?
5. Und wollen wir endlich eine Gewerbepolitik machen, die zukunftssträchtige Unternehmen in nachhaltig betriebenen integrierten Gewerbestandorten anzieht?

Diese Überlegungen sind im Zielkatalog des städtischen Steuerungskonzeptes durchaus angesprochen. Das Konzept hat aber eine ganze Reihe gravierender Mängel:

1. Er stimmt in seiner Gliederung der Handlungsfelder nicht überein mit der des Haushaltsentwurfes. Es ist daher extrem schwierig, die Umsetzung der Ziele unseres Steuerungskonzeptes über geeignete Maßnahmen im Haushalt zu verfolgen und zu kontrollieren.
2. Bestimmte Handlungsfelder des Haushaltes wie Nr. 13. Natur- und Landschaftsschutz und die Nr. 14. Umweltschutz haben im Haushaltsentwurf kaum Zielvorgaben, da sie im Steuerungskonzept bisher von allen Mehrheiten mit CDU, SPD und FDP bewusst untergebuttert wurden. Es wird sogar eine Orwell'sche Sprachumwandlung betrieben: aus „Landschaftsschutz“ wird „Landschaftsbau“, also so ziemlich das Gegenteil.
3. Es gibt keine allgemeinverständliche Strukturierung in Bestandsaufnahme, Ziele, Maßnahmen und Durchführungsanmerkungen, also Finanzierungsvorschläge und Zeitrahmen.

In seiner jetzigen Struktur ist das Zielsteuerungskonzept daher ein Scheinriese, der beim genauen näheren Hinsehen immer kleiner wird. Ein nachhaltiges Handeln unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte ist mit diesem Steuerungskonzept jedenfalls nur schwer möglich. Meine Damen und Herren, wer also nicht weiß, wohin er will, läuft zwangsläufig in die falsche Richtung oder sogar im Kreis. Im Haushaltsentwurf sind die Leidtragenden der soziale und kulturelle Bereich. Dabei sollte doch jedem klar sein, dass Kürzungen in diesen Bereichen kontraproduktiv sind. Sie führen nur zu Mehrausgaben in späteren Jahren.

Ein wichtiger Weg für unsere Gemeinde muss die Steigerung der Einnahmen aus Gewerbesteuern sein, indem wir für Gewerbebetriebe attraktiver werden. Wir Grünen wollen aber keine unreflektierte Gewerbeausdehnung, indem wir mehr Flächen zur Verfügung stehen und jeden nehmen, der kommt. Was wir brauchen, ist eine intelligente Steigerung der Attraktivität in der gesamten Breite zukunftssträchtigen Gewerbes. Dazu wollen wir einen integrierten Mischgebietstandort S-Bahn-Nord und Kalkwerk Cox, der nicht nur von Straßen sondern vor allem von der Nähe der Innenstadt und der S-Bahn und des Busbahnhofes lebt. Wir wollen den Fachhochschulcampus Gronauer Kreisel, der von den Impulsen der Bildungseinrichtungen profitiert. Wir wollen den Automotive-Standort Bensberg an der BAST, der von der Nähe der BAST lebt. Und wir wollen den Standort Obereschbach entwickeln, auch indem wir einen neuen Gesamtbetriebshof auf dem Köttgengelände errichten, an den man auch den Betriebshof der Busgesellschaften anhängen sollte. Damit wäre auch der Weg frei für eine Mischgebietsachse vom Herrmann-Löns-Gelände bis in's Wachendorff-Gelände, die nicht störendem produzierenden Gewerbe,

Dienstleistungen und Wohnungen in attraktiver Ausrichtung auf den Kölner Ballungsraum Platz gibt.

Die Sicherung eines abgespeckten und somit auf die sinnvollen Aspekte reduzierten **Regionale-2010-Prozesses** zur Stärkung der Innenstadt muss weiter gehen. Damit kann die **Strunde als Lebensader der Innenstadt** wieder sichtbar werden, und man kann endlich die furchtbare Hinterhofansicht vieler zentraler Stadtgebiete beseitigen. Dabei wird deutlich, dass nachhaltige Lösungen wie eine naturnah gestaltete Strunde, der Erhalt der Bäume und Sitzplätze in der Fußgängerzone, der Schluss der Baulücken an der Gohrsmühle und der Erhalt der Lärmschutzwand an der Schnabelsmühle auch sozial, wirtschaftlich und ökologisch sind. Ich denke, dass dies auch ein Akt der Wirtschaftsförderung ist, da ein **attraktives Zentrum** ein wichtiger Teil unseres Images ist.

Die **Erneuerung der Straßenbeleuchtung** muss in Angriff genommen werden. Sie kann uns helfen, trotz der Investitionssumme von 11 Mio € pro Jahr etwa 200.000 bis 400.000 € der bisher enorm hohen Ersatz-, Strom- und vor allem Wartungskosten einzusparen. Zudem können wir neue Einnahmequellen im Bereich der Telekommunikation und der Versorgung von Elektrofahrzeugen mit Strom erschließen. Die Änderung der Vorschriften für Gemeinden im HSK ist beim Land geplant, so dass wir diese Investition, weil sie sich rechnet, schon 2011 angehen können.

Wir brauchen eine neue **Gesellschaft im Bereich Energieversorgung** - ein Trend in mittlerweile 80 deutschen Städten. Wir brauchen es sogar ganz bald, um die Nahwärmeversorgung in der Innenstadt GL parallel zur Erneuerung des Pflasters der Fußgängerzone aufzubauen. Die BELKAW hat daran kein Interesse, weil die Wärme nicht von ihr sondern von Zanders und G+H stammt und weil der Absatz von Gas in der Innenstadt GL dann sinken würde. Zanders hat aber ein Interesse, weil deren Wärmebedarf durch Modernisierungen an den Papiermaschinen gesunken ist und sie dadurch noch weniger Strom als schon vorher selber produzieren können. Hier liegt eine Win-Win-Situation für Stadt und Unternehmen vor.

Das Argument, man könne niemanden zwingen, den Anschluss zu wählen, zieht nicht wirklich. Warum sonst gibt es im Ruhrgebiet riesige Wärmenetze und warum planen dies immer mehr Gemeinden. Wenn wir bei der Sanierung der Fußgängerzone einen Tunnel für Leitungen legen, können wir diese Entscheidung auch später fällen. Zudem wird die Bewirtschaftung der dort verlegten Leitungen deutlich billiger.

Auch die Nutzung der ca. 80.000 m² Dachfläche der städtischen Gebäude für horizontal arbeitende Windräder, solarthermische und solarelektrische Anlagen kann eine Aufgabe dieser neuen Stadtwerke sein und zusätzliche Einnahmen erzeugen.

Meine Damen und Herren. Gerade in Krisenzeiten gewinnt der, der seine wesentlichen Strukturen aufrecht erhält, der sinnvoll weiter investiert und seine Einnahmenseite genauso im Auge hat wie die Ausgaben. Und der die Solidarität mit den Mitmenschen aber auch mit der uns umgebenden Natur in den Mittelpunkt seiner Haushaltsplanung stellt. Ein wichtiger Teil dieser Strategie wird der Aufbau einer Stadtentwicklungsgesellschaft sein, verbunden mit einer konsequenten sozialen Bodennutzung. Ich weiß, dass gerade das eine komplette Umkehr der bisherigen Planungspolitik bedeutet, bei der die Gewinne nahezu ausschließlich privatisiert, die Folgekosten aber kommunalisiert wurden.

Die Gewinnpotenziale einer konsequent städtischen Bauleitplanung schätze ich für die nächsten 10 Jahre vorsichtig auf 20 bis 30 Mio €. Das ist die Hälfte des Sanierungsstaus bei Schulen.

Die Löcher in den Straßen sind nicht nur durch den Winter zu erklären. Alle Berechnungen der Folgekosten neuer Straßen zeigen, dass die jährlichen Folgekosten auf der Basis der Wiederbeschaffungszeitwertabschreibung - und wie wollen wir denn sonst abschreiben, wenn es um langfristig zu erhaltende Infrastruktur geht - bei 8 - 10 % der Baukosten liegen. Bei einem Wert von 390 Mio € für ca. 390 km Straßen in Bergisch Gladbach müssten wir im Haushalt 2010 die Summe von 32 - 40 Mio € für Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen bereitstellen. Im Haushalt stehen aber nur 16 Mio €. Dass auf diesem Hintergrund auch noch eine neue Straße ohne Rücksicht auf deren Kosten geplant wird, die L 288 N, entzieht sich unserem Verständnis. Dass in diesem Zusammenhang Gutachten zeitweilig sogar unter Verschluss gehalten wurden, die schon längst öffentlich waren, gehört sogar ins Kuriosenkabinett. Heiner Geisler hat uns in Stuttgart vorgemacht, was auch für uns sinnvoll ist. Lassen Sie uns die Zeit der nächsten vier Jahre nutzen, um endlich mit allen Beteiligten und Betroffenen offen und sachlich über alle Varianten der Lösung unserer Verkehrsprobleme zu diskutieren. Wir schlagen daher ein Mediationsverfahren für die Bergisch Gladbacher Verkehrsentwicklungsplanung nach dem Stuttgarter Vorbild vor, damit es uns gelingt, endlich von der bisherigen „Basta-Verkehrspolitikpolitik“ von oben herab abzurücken.

Auch im Gebäudebereich decken die bisher angesetzten Mieten für Schulen und Verwaltungsgebäude, die von den nutzenden Fachbereichen an die Gebäudewirtschaft zu zahlen sind, nicht die Kosten. Das hindert uns auch an der Sanierung der Gebäude des OHG und des NCG. Wir schlagen daher vor, die der AöR "Stadtentwicklung" übertragenen Flächen vorrangig zu beplanen, um damit die potenziellen Gewinne zu realisieren, mit denen die AöR dann unser Partner bei der Schulsanierung sein könnte.

Die Parkraumbewirtschaftung ist eine freiwillige Aufgabe. Noch dazu eine, die nicht wirklich Geld einbringt sondern Geld kostet. Ehrlich kalkulierten

Kosten von ca. 2 Mio € auf der Basis der Wiederbeschaffungszeitwertabschreibung stehen Einnahmen von 1,5 Mio € gegenüber. Dass es in Zukunft ca. 2 Mio € sein werden, ist kein willkürlicher Griff in die Taschen der BürgerInnen. Wir beenden nur eine Subvention in einem freiwilligen Bereich. Das tun wir im sozialen und kulturellen Bereich. Warum dann nicht im Bereich Parkraumbewirtschaftung. Dass eine Mehrheit in dieser dramatischen Lage sich weiterhin einen Verzicht auf Parkgebühren in den ersten 15 Minuten über die sogenannte Brötchentaste und die Subventionierung der Händler im Weihnachtsgeschäft mit 40.000 € leisten will, ist für uns kaum nachvollziehbar.

Schlimmer kommt es allerdings an der **oberen Hauptstraße**: Grundeigner stehen dort vor unserer Tür und verlangen von uns weitere Investitionen in Parkplätze durch die **Erweiterung der TG Bergischer Löwe** in Höhe von 30.000 € pro Platz, anstatt das zu tun, was sie jederzeit von ihrem Platz her hinter den Gebäuden der oberen Hauptstraße und vom Geld her können, nämlich die für den rentablen Betrieb ihrer Immobilien notwendigen Parkplätze selber zu bauen. Aber wer bezahlt schon gerne 25.000 € pro Tiefgaragenplatz, wenn die Allgemeinheit so dumm ist, es für 8.500 € Ablösebetrag zu tun. Wir Grüne freuen uns darüber, dass dieser Spuk im Nothaushalt endet und fordern Sie auf, darüber nachzudenken, die **Parkraumbewirtschaftung endlich auf die SVG** zu übertragen und dann endlich auch ein funktionierendes **Parkleitsystem** aufzubauen.

Lobbyisten treten aber auch an anderer Stelle an, zum Beispiel mit der Forderung nach einem **Superkreisel an der Odenthaler Straße** für 6,5 Mio €. Erlauben Sie mir die Frage, für wen das gefordert wird. Für einige Grundeigner oder Auftraggeber am Bahndamm, in Rommerscheidt, in Rommaney und in Hebborn oder für uns alle? Wir Grünen sind sehr froh, dass die Wohnbauland-Potenzialanalyse endlich Klarheit und Transparenz schafft, und darin kann ich lesen, dass die o. g. Gebiete nicht bebaut werden sollen. Fachleute aus dem FB 6 und aus der Finanzwirtschaft raten uns jedenfalls, nur noch im Westen und Süden der Stadt, also in den Gebieten mit einer Schienenanbindung an Köln weitere Wohnflächen auszuweisen. In anderen Gebieten würde das bereits mittelfristig die Verkaufbarkeit vorhandenen Immobilien behindern.

Wir Grüne bieten auch in Zukunft an, bei den notwendigen Schritten hin zu einem nachhaltigen Haushalt mitzuwirken. Wer unsere Mitarbeit will, muss aber auch erkennen und verinnerlichen, dass es die großen Entscheidungen für die materielle Infrastruktur sind, die wir viel nachhaltiger als bisher prüfen müssen. Den Haushaltsentwurf 2011 kann man als dicke Kröte bezeichnen. Sie ist nicht leicht zu schlucken.

Günter Ziffus, Fraktionsvorsitzender